

negen § 8 Abs. 1 und 2 des Reichsstaatsangehörigkeitsgesetzes schuldig gemacht zu haben. Das Gericht verurteilte den Abg. Hohenzollern zu sechs Monaten Gefängnis unter Ausschließung von Wehrtauglichkeit.

Zur Auflösung des Bistumshundes.

Berlin, 9. Nov. In der in der heutigen Tagesstunde veröffentlichten Erklärung der Bundesleitung des Bistumshundes über die nunmehr wiederbeginnende Arbeit im Bistum, weist der amtliche Pressedienst darauf hin, daß der Bund Bistum verboten und in Bistum aufgelöst worden ist. Diese Maßnahme sei rechtskräftig. Infolgedessen sei der Bistumszusammenritt des Bundes Bistum strafbar. Gegen die Teilnehmer an der Bistumsaufhebung, wie gegen jede Betätigung des Bundes Bistum würde das Strafverfahren eingeleitet werden.

Stroßverlegung eines Amtsgerichtsrats. Ausdehnung eines Justizinspektors.

Amtsgerichtsrat Weiser in Weisingerode, der in einer am 1. April v. J. auf dem Boden gehaltenen und dann im Druck erschienenen Bismardrede die Reichswehr und einzelne Minister beschimpft hatte, ist vom großen Disziplinarrat des Kammergerichts Berlin zur Stroßverlegung verurteilt worden. Der Justizinspektor Hof aus Bochum, der den Minister Seiwert beschuldigt hatte, der Urheber eines bisher ungeklärten Gemordes zu sein, der im Jahre 1923 in der Nähe von Bochum verübt worden war, ist seines Amtes enthoben worden, ohne Anspruch auf Pension.

Arbeitszeit und Große Koalition.

Berlin, 10. Nov. Eine Anzahl von Abgeordneten der Zentrumspartei, der Demokraten und Sozialdemokraten, die den Spitzenorganisationen der Angestellten- und Arbeiterverbände angehören, haben in einer Besprechung die Frage erörtert, wie die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Achtstundentage und die Vermeidung von Überarbeit im Interesse der Vertiefung der Arbeitslosenfrage zu erreichen sei. Nebenbei kam die Auffassung zum Ausdruck, daß in allen diesen Fragen schneller ein Erfolg erzielt werden könnte, wenn die Sozialdemokraten nicht mehr außerhalb der Regierung ständen.

Die außenpolitische Debatte verschoben.

Berlin, 9. Nov. Die Tatsache, daß die außenpolitische Aussprache nicht wie ursprünglich beabsichtigt ist, bereits am Dienstag, sondern erst am Freitag beginnen soll, hat im Reichstag des Gerichts ausfallen lassen, daß die Regierung selbst den

Kritik zu dieser Verzögerung gegeben habe. Angeblich soll von deutscher Seite versucht werden, von der französischen Regierung ein freies Zugeständnis zu erwirken, mit dem der Außenminister dann vor den Reichstag treten könnte. Wie wir von untrübsamer Seite erfahren, ist diese Kombination unzutreffend. Die jetzige Disposition, nach der zuerst die Innenpolitik bei der Erörterung an die Reihe kommen soll, ist auf den Wunsch des Reichstages getroffen worden.

Für Freunde der Titel und Orden.

Berlin, 9. Nov. Die Meldung, daß die Reichsregierung sich mit der Absicht trägt, von Verfassungen wegen wieder die Möglichkeit der Verleihung von Orden und Titeln zu schaffen, wird jetzt offiziell bestätigt. In der Begründung wird u. a. darauf hingewiesen, daß schon die verschiedenartige Behandlung dieser Dinge in Bayern und die Tatsache, daß Rettungs- und Kosenkreuz-Medaillen weiter verliehen werden, eine Neuregelung dringend machen. Es wird zwar hinzugefügt, eine Entschärfung des Reichsministerpräsidenten oder des Reichspräsidenten liegt einstweilen noch nicht vor.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Nov. Der Reichstag setzte heute die Beratung der Anträge zur Erwerbslosenfürsorge fort. Von den Kommunisten und den Sozialdemokraten sind inzwischen Anträge gegen die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit eingegangen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stellt zunächst fest, daß sich aus den Parteiverhandlungen ergebe, daß es sich bei den gefragten Beschlüssen zum Teil um tatsächliche Bestimmungen gehandelt habe und daß tatsächlich eine Mehrheit des Reichstages für die beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenquote um 30 Prozent nicht vorhanden sei. Auf Grund dieser Zusammenhänge habe die Reichsregierung sich entschlossen, im Wege der Verordnung die Unterstützungssätze im Sinne des Antrags der Regierungszentrale um 15 mit 10 Prozent zu erhöhen. Heute vorfristig hätten die Reichsstaatsauskünfte dem zugestimmt und darauf sei heute mit der Anordnung von ihm vollzogen worden. Gleichzeitig solle der volle Zuschlag auch für das vierte Kind gezahlt werden. Die neuen Kosten würden vom Reich getragen. Darüber hinaus ergreife die Reichsregierung die Initiative, um die Anträge der Regierungsparteien bezüglich der Nichtanrechnung der Wochenlöhne und der Zurückgabe auf die Erwerbslosenunterstützung, der Erhaltung der Anwartschaft der Erwerbslosen auf die Sozialversicherung und Fortsetzung der Unterstützungen für den Winter durch die Ausgehenden im Wege der Krisenfürsorge teils durch Gesetz, teils durch Verordnungen zu

verwirklichen. Eine gleichmäßige und entgegenkommende Durchführung der Bedürfnisprüfung solle sichergestellt und verhindert werden, daß Arbeitsstellen mit fortlaufender voller Anbeschäftigung auf dem Wege der Wiedereinstellung besetzt werden. Endlich werde die Reichsregierung die vernünftige Forderung der erwerbslosen Tagelöhner fördern. Nachdem ein von dem Abg. Scholz (D. Lp.) eingebrachter Verfassungsantrag, der mit Begründung wurde, daß die Weiterberatung der Anträge unweidmässig sei, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Volkslichen abgelehnt worden war, erklärte Abg. Scholz namens der Regierungsparteien, daß diese sich an der Weiterberatung nicht mehr beteiligen würden. Die sozialdemokratischen Anträge wurden dann angenommen und die zweite Lesung des damit verbundenen Gesetzesentwurfs erledigt, die dritte Beratung durch den Einbruch der Regierungsparteien jedoch verhindert. Bei der Abstimmung über das kommunistische Währungsreformgesetz gegen den Reichsminister Dr. Brauns stimmten nur die Antragsteller für das Gesetz, während die Deutschnationalen sich der Stimme enthalten. Ueber das völkische Währungsreformgesetz wurde morgen abgestimmt. — Darauf wurde das Futtermittelsgesetz debattiert und einstimmig angenommen. Es folgte die erste Lesung des 800-Marknoten-Renditegesetzes, die vom Reichsfinanzminister Dr. Reichhold mit einer längeren Erklärung eingeleitet wurde. Nachdem begründete Abg. Sanger (Soz.) von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzesentwurf, wonach den Mitgliedern der ehemals registrierten Familien der Anwartschaft im Reichsgebiet verordnet werden soll, wenn dadurch das Wohl der Republik gefördert wird, wobei der Reiner besonders die Verfassung des früheren Reiches kritisierte. Von dem Abgeordneten Witten (Dn.) sprach sich gegen eine Rückwärtsüberweisung des Gesetzesentwurfes aus, verweigerte die demokratische Partei und ebenso die Reichswehr gegen unbedingte Annahme. Nach Bemerkungen des Abg. Heubauer (Dn.) und der Reichsregierung dem Hausparlament übergeben. Morgen nachmittags 3 Uhr Weiterberatung.

Adt Verhaftungen wegen Spionage in Prag.

Prag, 9. Nov. Die Polizeidirektion hat den in der kriegsgraphischen Abteilung eines Militärs beschäftigten Juden Josef Simmel verhaftet, der militärische Dokumente erwarb und einem Mitglied der Vertretung eines fremden Staates verkauft hat. Infolge seines Verhaftens wurden als schuldige sieben Personen, darunter die Frau eines kommunistischen Redakteurs und ein russischer Student verhaftet.

Gemeinde Birkenfeld. Vergebung von Notstands-Bauarbeiten.

Die Gemeinde Birkenfeld hat die auf ihrer Markung gelegene Teilstraße der neuen Nachbarschaftsstraße Birkenfeld-Gräfenhausen zu vergeben. Maßgebend sind hierbei die staatlichen Bestimmungen über die Vergabung von Arbeiten und Lieferungen (Minist. Verf. vom 12. Mai 1921, Reg. Bl. S. 205) in Verbindung mit den für öffentliche Notstandsarbeiten geltenden besonderen Bestimmungen und Verfügungen.

Kostenvoranschlag, Pläne und Vergabungsbedingungen sind während der üblichen Geschäftsstunden bei dem Ortsbauamt Birkenfeld (Fernsprecher Nr. 1) einzusehen. Schriftliche, unterzeichnete Angebote in Prozenten der Uberschlagspreise sind in verschlossenem Umschlag mit der Uberschrift: „Angebote für Straßenbauarbeiten“ bis spätestens Freitag den 19. d. M., nachmittags 1 Uhr, postfrei hier einzureichen. Der sofort stattfindenden Eröffnung der Angebote können die Bewerber oder ihre Bevollmächtigte anwohnen. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Birkenfeld, den 9. Nov. 1926.
Schultheißenamt: Fazer.

Gemeinde Würzbach, Oberamt Calw. Wegverbot.

Die Straße von Würzbach nach Calmbach ist infolge Straßerektion vom 15. November ds. Js. an für sämtlichen Fußwerkverkehr und Viehtreiben bis auf weiteres gesperrt.

Schultheißenamt: Burthardt.

Birkenfeld. Empfehle zur Kirchweih

meine nur allerbesten, garantiert süddeutschen Mehle: **la Blüten-Mehl 0, ff. Blüten-Auszug 00,** ferner **Zucker, frische Eier, Butter, Margarine, Zwiebel sowie fste. Teigwaren Philipp Rummel.**

Kauft Lactina,

das beste und rationellste Nahrungsmittel für Schweine, Kälber, Jungvieh, Fohlen, Lämmer u. Ziegen. Generalvertrieb für Württemberg: **Fritz Döttling, Schweinemästerei.**

Wanzen und Motten

samt Brut, Ratten, Mäuse, Käfer, Hühnerläuse, Milben etc. beseitigt rationell **Gesler, Desinfektions-Anstalt, Güterstr. 21, Pforzheim, Fernspr. 1923.** Moderne Bettfedernreinigungsanstalt. **Sämtl. Ungeziefervergiftungsmittel, Stalldesinfekt. Mittel, Pflanzöl, Obstbaumfarböl, in Raupen- und Papier, sowie alle übrigen Dampflegemittel.**

Gemeinde Schwann. Nadelstammholz-Verkauf

aus verschiedenen Abteilungen und zwar: 95 Fm. I.—VI. Kl., Sägholz 11 Fm. I.—III. Kl. Die schriftlichen bedingungslosen Angebote auf die einzelnen Lose sind längstens bis Freitag den 12. Nov. 1926, abends 7 Uhr, beim Schultheißenamt einzureichen.

Neuenbürg. Heute



Schlachtpartie bei Friedr. Hirn.

Neuenbürg. Piano,

erstes Fabrikat, neu, umständehalber sofort abzugeben. Preis 1250 Mk. Anzahlung 550.—, monatl. Abzahlung 50 Mark. ferner 2 sehr gute Violinen, f. Weihnachtsgeschenke geeignet, gebe billig ab. Besichtigung unverbindlich. Musikdirektor Müller.

Kaufe gegen sofortige Kasse 800 bis 400 Stück

Christbäume

(Kulturbäume) rottannene, in der Größe von 70 cm bis 3 m und sehr Zuschriften entgegen. Adresse zu erfragen in der „Engländer“-Geschäftsstelle.

W i l d b a d.

Alleinmädchen,

welches möglichst selbständig leben kann, für Haushalt u. Küche für anfangs Dezember gesucht. Angebote mit Bild, Zeugnis u. Lohnanprüfungen an **Apotheker Blappert, Eberhard-Drogerie.**

Schuhcreme „Kavalier“ extra

Die beste Creme ist „Kavalier“, im ganzen Reich, das merkt ihr gleich!

FABRIK UNION AUGSBURG

Sagenbrand. Gebe hiermit bekannt, daß ich eine **Annahmestelle von Flach, Hanf und Abweg** der Firma Leinenspinnerei Schornreute K. G. in Ravensburg eröffnet habe und sichere prompte und reelle Bedienung zu. **Reule & Bott.**

Bekannt zu werden ist das Ziel jedes Geschäftsmannes. Es wird ihr Bestreben sein müssen, dafür zu sorgen, daß **Ihr Name** bei den Kunden haften bleibt. Dies erreichen Sie durch gute **Reklame** Gelegenheit, die Jedermann zur Verfügung steht.

Kontor-Lehrmädchen zur gründlichen Ausbildung gesucht. — Selbstgeschriebene Offerten mit Schulzeugnis unter C. G. 12 an die „Engländer“-Geschäftsstelle. Calmbach, Morgen Donnerstag

Mehlsuppe im Gasth. „Sonue“. Zu vermieten per sofort oder 1. April 1927 in Dertten als schön, großer **Laden** mit ausreichenden Lagerräumen, für jede Branche geeignet. — Offerten unter Nr. 29 an die „Engländer“-Geschäftsstelle.

Mädchen, ordnungsliebend, nicht unter 18 Jahren, das schon in besseren Häusern gedient hat und gute Zeugnisse besitzt, in kleinen Haushalt (2 Personen) sofort oder auf 1. Dezember gesucht. **Franz Tabertshofer, Pforzheim, Riesenstr. 22.** **H. M. „Eintracht“.**

Fett-Heringe 27 Mk. 1/4 Tonne (150 Pfund) ca. 700 neue leckere Salz- 1/4 Tonne ca. 330 14 1/2 Mk. 1/2 Tonne ca. 160 8 1/2 Mk. 9 Pfd. Holst. Schweinschmalz, bestes 8.95 Mk. 9 Pfd. Holst. Tislerform Käse in Staalöl 5.95 Mk. 9 Pfd. Holst. Holländerform Käse 8.95 Mk. Ab hier gegen Nachnahme. K. Napp, Altona No. 486.